

MOTION von Claudio Zanetti (SVP, Zollikon)

betreffend Konsequente Durchsetzung des Rechtsstaatlichkeitsprinzips im Einbürgerungsverfahren

Der Regierungsrat wird beauftragt, die gesetzlichen Anpassungen für die konsequente Durchsetzung des Rechtsstaatlichkeitsprinzips im Einbürgerungsverfahren auszuarbeiten und dem Kantonsrat zur Beschlussfassung vorzulegen. Dabei sind insbesondere die Voraussetzungen für die Überprüfung der Einhaltung der materiellen und formellen Voraussetzungen einer Einbürgerung durch eine unabhängige richterliche Instanz zu schaffen. Zu prüfen ist in diesem Zusammenhang auch die Zulassung von Verbänden und Parteien zur Beschwerdeführung.

Claudio Zanetti

Begründung

Soweit das Einbürgerungsverfahren als Verwaltungsakt zu betrachten ist, sind auch die entsprechenden Beschwerderechte in vollem Umfang zu gewährleisten. Es ist nicht einzusehen, weshalb nur ablehnende Einbürgerungsentscheide auf ihre Rechtmässigkeit überprüft werden sollen. Ein Verwaltungsakt muss in jedem Fall auf seine Rechtmässigkeit überprüfbar sein. Das Interesse eines Einbürgerungskandidaten auf Schutz vor willkürlichen Entscheiden ist nicht höher einzustufen als dasjenige der Bevölkerung auf Einhaltung der gesetzlichen Einbürgerungsvorschriften.